

Pressedienst Nr. 16546
Donnerstag, 15. Juni 2023

Abstimmung über geplantes EU-Renaturierungsgesetz im Umweltausschuss vertagt	1
Strasser zu Wiederherstellungsverordnung: Realitätsverweigerung ist fehl am Platz	2
EU-Agrar- und Lebensmittelexporte haben sich weiter erholt	2
Holzmarkt: Nachfrage nach Nadelsägerundholz seit Wochen träge	3
Neues Führerscheingesetz schafft Rechtssicherheit für Saisonarbeitskräfte aus Kosovo	4
Neue Website "Ringelschwanz.at" für Schweinehalter:innen	5
NÖ LAK für Verlängerung der erhöhten Pendlerpauschale	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Abstimmung über geplantes EU-Renaturierungsgesetz im Umweltausschuss vertagt

Bernhuber: Zurück an den Start dringend erforderlich

Straßburg, 15. Juni 2023 (aiz.info). - Von chaotischen Zuständen im EU-Umweltausschuss, die letztendlich zur Verschiebung der Abstimmung über das geplante EU-Gesetz zur sogenannten Renaturierung oder Wiederherstellung der Natur geführt haben, berichtet Europaabgeordneter **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament. "Es ist jetzt höchste Zeit für Klimaschutz mit Hausverstand statt ideologiegeladener Verbote. Wir verlangen, dass die Kommission jetzt diesen missglückten Gesetzesentwurf zurückzieht und nach einer umfassenden Folgenabschätzung einen neuen Vorschlag vorlegt", sagt Bernhuber.

Wenig Verständnis hat Bernhuber für die nervösen Aufforderungen der Kommission nach einem eiligen Abschluss der Wiederherstellungs-Verordnung, die sich heute einmal mehr als "weltfremd" erwiesen hätten: "23 EU-Verordnungen und Richtlinien regeln bereits alles, was auf Feldern, in Wäldern, Naturschutzgebieten oder Flüssen passieren darf. Dieser 24. Vorschlag liefert keine Antworten, sondern schafft nur Unmut und Unsicherheit."

Bernhuber kritisiert, dass der Vorschlag in seiner jetzigen Form zu einer geringeren Lebensmittelproduktion in Europa führe, die Lebensmittelpreise noch weiter in die Höhe treibe und die Ernährungssicherheit noch weiter gefährde.

EVP-Farmers Deal: Klimaschutz mit Hausverstand

Die ÖVP stehe klar hinter den Zielen des Green Deal, bis 2050 ein klimaneutraler Kontinent zu werden. Doch für Bernhuber lassen die Umsetzung und die vorgebrachten Vorschläge der vergangenen Monate mehr als zu wünschen übrig: "Es war ein richtiges Signal, dass EVP-Parteivorsitzender Manfred Weber vor wenigen Wochen den "European Farmers Deal" präsentiert hat, der klar aufzeigt, dass Naturschutz und produktive Landwirtschaft Hand in Hand gehen."

"Der Vorschlag von Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans verdient nicht nur inhaltlich ein 'nicht Genügend', sondern auch die Vorgehensweise zur Durchsetzung dieses Gesetzesvorschlages ist handwerklich und demokratiepolitisch bedenklich. Monatelang wurden unsere Einwände und offenen Fragen ignoriert oder vom Tisch gewischt. Dass die Kommission dann eine Woche vor der Abstimmung im Umweltausschuss ein sogenanntes Non-Paper mit Verbesserungsvorschlägen vorlegt, werte ich als ein spätes Eingeständnis, dass die Kritik aus dem Parlament und dem Rat der Mitgliedstaaten berechtigt ist. Darum ist unsere Botschaft heute an den Vizepräsidenten der Kommission: Akzeptieren Sie diese Kritik und gehen wir zurück zum Start", so Bernhuber.

Die Abstimmung über das geplante EU-Gesetz zur sogenannten Renaturierung oder Wiederherstellung der Natur wurde im Umweltausschuss nach einem laut Bernhuber chaotischen Abstimmungsmarathon über Änderungsanträge vertagt. Im Umweltausschuss hatte sich keine Mehrheit für den Kommissionsvorschlag abgezeichnet, der bereits zuvor in den Ausschüssen für Landwirtschaft und Fischerei abgelehnt worden war. (Schluss)

Strasser zu Wiederherstellungsverordnung: Realitätsverweigerung ist fehl am Platz

Nature Restoration Law gefährdet sichere Lebensmittelversorgung

Wien, 15. Jänner 2023 (aiz.info). - Die heutige Abstimmung zur Wiederherstellungsverordnung (Nature Restoration Law) im Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes wurde vertagt, nachdem sich keine Mehrheit für eine Ablehnung der geplanten Verordnung fand.

Bauernbund-Präsident Abg.z.NR DI **Georg Strasser** fordert nun Besonnenheit ein: "Der Vorschlag der Kommission geht für uns meilenweit am Ziel vorbei und stößt unsere Bäuerinnen und Bauern vor den Kopf: Er sieht EU-weit rechtlich bindende Maßnahmen vor, um den Zustand der Natur wie in den 1950er-Jahren wiederherzustellen. Das ist für uns unverständlich: Nachhaltig bewirtschafteter Wald hat etwa eine deutlich höhere CO₂-Bindung als ungenutzter. Wir verwehren uns gegen einen radikalen Eingriff in die nachhaltige österreichische Land- und Forstwirtschaft. Auch die Eigentumsrechte müssen gewahrt bleiben. Die EU-Kommission muss nun einen kühlen Kopf bewahren. Europäische Lösungen sollten sich an den aktuellen Erfordernissen orientieren und nicht ausschließlich an vorgefassten Konzepten mit massiven Auswirkungen festhalten."

Strasser bedankt sich bei allen, die der Landwirtschaft auf EU-Ebene eine starke Stimme geben: "Allen voran sind es Alexander Bernhuber und Simone Schmiedtbauer, die die Anliegen unserer Bauernfamilien auf europäischer Ebene vertreten. Realitätsverweigerung in der EU ist jetzt fehl am Platz: Während wir einerseits über mehr Unabhängigkeit von Importen diskutieren, können wir nicht im selben Atemzug Teile unserer Produktion aufs Spiel setzen. Im Vordergrund muss nun die sichere Versorgung mit regionalen Lebensmitteln aus ohnehin bereits nachhaltiger Landwirtschaft stehen." (Schluss) APA OTS 2023-06-15/14:16

EU-Agrar- und Lebensmittelexporte haben sich weiter erholt

Deutliches Plus im Februar

Brüssel, 15. Juni 2023 (aiz.info). - Die jüngsten Außenhandelszahlen der EU-Kommission für Waren der Agrar- und Lebensmittelindustrie im Februar 2023 zeigen ein Plus von 33% auf 5,4 Mrd. Euro im Vergleich zum bereits guten Start im Jänner 2023. Demnach lagen die EU-Ausfuhren wertmäßig bei 18,6 Mrd. Euro und somit 10% über dem Niveau vom Februar 2022. Gleichzeitig gingen die EU-Importe den dritten Monat in Folge auf 13,3 Mrd. Euro zurück, teilte die Kommission mit.

Die für den Exportzuwachs wichtigsten Erzeugnisse waren Zubereitungen aus Getreide, Früchten und Nüssen sowie Milchprodukte. Darüber hinaus steigerte die EU in den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 ihre Getreideexporte nach Nord- und Subsahara-Afrika laut Kommission um weitere 768.000 t im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2022. Die drei wichtigsten Abnehmerländer für EU-Agrarlebensmittelexporte waren im Februar wie bereits im Jänner das Vereinigte Königreich, die USA und China.

Die am meisten in die EU importierten Güter waren weiterhin Ölsaaten und Eiweißpflanzen, wobei davon im Jänner und Februar 2023 eine Gesamtmenge von 7,4 Mio. t importiert wurde, verglichen mit 6,8 Mio. t im gleichen Zeitraum im Jahr 2022. Auch die Einfuhren von Obst und Nüssen nahmen zu und verdrängten nach wertmäßiger Reihung Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze von Platz zwei. Im

Februar 2023 wurden die meisten EU-Agrargüter und -Lebensmittel in die Ukraine ausgeliefert, vor Brasilien und dem Vereinigten Königreich. (Schluss) hub

Holzmarkt: Nachfrage nach Nadelsägerundholz seit Wochen träge

Preise gehen nach unten

Wien, 15. Juni 2023 (aiz.info). - Am österreichischen Holzmarkt drosselt die Sägeindustrie nach einem anhaltend geringen Schnittholzabsatz weiter ihren Einschnitt. Die seit Wochen deutlich reduzierte Nachfrage nach Nadelsägerundholz ist daher weiter rückläufig. Der Rundholzbedarf wird primär aus den bestehenden Lagern bzw. aufrechten Verträgen bezogen. Die Zufuhr ist meist kontingentiert, wodurch sich der Abtransport verzögert. Aufgrund geringerer Einschlagsaktivitäten außerhalb der Kalamitätsgebiete halten sich die Waldlagerstände noch in Grenzen, teilen die Forstexperten der Landwirtschaftskammer Österreich mit.

Die Preise wurden österreichweit, teilweise um bis zu 15 Euro je Festmeter (FMO) abgesenkt, wobei im Regelfall das untere Preisband von 100 Euro noch nicht unterschritten wurde. Das Leitsortiment Fichte A/C 2b+ liegt somit zwischen 100 Euro und 115 Euro je FMO. Die Preise stehen aber weiter unter Druck. Neue Abschlüsse sind rar und weisen meist nur kurze Laufzeiten auf. Teilweise werden bestehende Verträge auch abnehmerseitig gekündigt. Der Absatz von Kiefer ist vollkommen zum Erliegen gekommen. Scheinbar losgelöst vom gesamten Holzmarkt, ist die Nachfrage nach Lärche weiterhin kaum zu decken.

Auch bei Industrierundholz ist die Nachfrage rückläufig, die Standorte der Papier-, Zellstoff- und Plattenindustrie sind sehr gut bevorratet. Der Abtransport und die Übernahme vereinbarter Mengen erfolgt unterschiedlich. Während im Norden noch keine Einschränkungen gemeldet wurden, ist man im Süden mit Verzögerungen und Kontingentierung konfrontiert.

Der Energieholzmarkt nimmt seinen normalen "Vorkrisen"-Verlauf ein. Die Nachfrage ist jahreszeitlich bedingt gering. Die Preisentwicklung folgt jener des Industrierundholzes und ist rückläufig. Der Bedarf an ofenfertigem Brennholz dürfte auch in der kommenden Heizsaison groß sein, daher sollten freie Arbeitskapazitäten dafür verwendet werden, entsprechende Lager aufzubauen.

Auch wenn die aktuellen Niederschlagsmengen groß sind und die Temperatur kühl erscheint, darf der Forstschutz nicht außer Acht gelassen und befallene Bäume schnellstmöglich aus dem Wald entfernt werden. Unabhängig von der angespannten Marktsituation sollten Normalnutzungen immer erst nach unterfertigtem Schlussbrief, inklusive Menge, Lieferzeitraum und Preise, getätigt werden, so die Expertenempfehlung.

Alle angegebenen Preise beziehen sich auf Geschäftsfälle im Zeitraum Mai bis Anfang Juni 2023 und sind Nettopreise, zu denen die Umsatzsteuer zuzurechnen ist. Für den Holzverkauf an Unternehmer gelten folgende Steuersätze: Bei Umsatzsteuerpauschalierung für alle Sortimente 13%, bei Regelbesteuerung sind für Energieholz/Brennholz 13% und für Rundholz 20% anzuwenden. (Schluss)

Neues Führerscheingesetz schafft Rechtssicherheit für Saisonarbeitskräfte aus Kosovo

Rechtliche Lücke wurde endlich geschlossen

Wien, 15. Juni 2023 (aiz.info). - "Endlich schaffen wir Klarheit und Rechtssicherheit für unsere Bauernfamilien und für mehr als tausend Saisonarbeitskräfte aus dem Kosovo. Die Änderung des Führerscheingesetzes schafft eine prekäre Situation aus der Welt: Es ist höchst an der Zeit, dass auch die Führerscheine kosovarischer Staatsbürger in Österreich anerkannt werden", freuen sich Bauernbund-Präsident und ÖVP-Landwirtschaftssprecher **Georg Strasser**, der Landwirtschaftssprecher der Grünen und Obmann der Grünen Bäuerinnen und Bauern **Clemens Stammler** sowie der Hausruckviertler Bauernbund-Abgeordnete **Klaus Lindinger**

Die gestern, Mittwoch, im Ministerrat beschlossene Änderung des Führerscheingesetzes soll es auch kosovarischen Staatsbürgern ermöglichen, Fahrzeuge in Österreich lenken zu dürfen. Bislang war das nicht der Fall, da der Kosovo keine Vertragspartei zumindest eines der drei internationalen Straßenverkehrsübereinkommen ist.

"Saisonarbeitskräfte aus dem Kosovo tragen entscheidend dazu bei, die Ernte in Österreich sicher einzubringen. Mehr als tausend von insgesamt fast zehntausend Kosovaren, die in Österreich beschäftigt sind, helfen uns in der Landwirtschaft verlässlich. Nun werden sie endlich auch im Straßenverkehr mit Saisoniers aus anderen Ländern gleichgestellt. Mit dieser legislativen Lösung greifen wir unseren Bäuerinnen und Bauern kräftig unter die Arme", betont Strasser.

"Erntehelfer:innen aus dem Kosovo sind eine wichtige Stütze für unsere Landwirtschaft und leisten einen wertvollen Beitrag zu unserer Versorgungssicherheit. Durch bürokratische Hürden, wie die Nicht-Anerkennung kosovarischer Führerscheine, wurde die Arbeit in Österreich für diese Menschen unnötig erschwert und unattraktiv. Ich bin froh, dass wir hier eine unbürokratische Lösung im Sinne der Rechtssicherheit für kosovarische Erntehelfer:innen finden konnten", so Stammler.

"Für die heimischen Saisonarbeitskräfte aus dem Kosovo, die in der Landwirtschaft eine wertvolle Arbeit leisten, ist mit der Änderung des Führerscheingesetzes heute eine entscheidende - vor allem bürokratische Hürde - gefallen. Wir kennen das Problem seit vielen Jahren vor allem bei den saisonalen Arbeitskräften im Eferdinger Becken", begründet Lindinger den persönlichen Einsatz für die Anerkennung des kosovarischen Führerscheins in Österreich. "Ich bin erleichtert, dass nach langen Diskussionen hier endlich eine Lösung gefunden wurde. Denn unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen Arbeitskräfte, die auch landwirtschaftliche Fahrzeuge lenken dürfen." (Schluss)

Neue Website "Ringelschwanz.at" für Schweinehalter:innen

Reduktion des Schwanzkupierens und Dokumentation im Fokus

Wien, 15. Juni 2023 (aiz.info). - Die neue Website www.ringelschwanz.at gibt einen guten Überblick über die verpflichtenden Maßnahmen zur Reduktion des Schwanzkupierens und deren Dokumentation, die ab 2023 alle schweinehaltenden Betriebe betrifft.

In der EU ist das routinemäßige Schwanzkupieren bei Ferkeln verboten. Österreich hat aufgrund dieser Vorgabe den "Aktionsplan zur Reduktion von Schwanzkupieren bei Schweinen" erarbeitet und mit den "Maßnahmen zur Reduktion des Schwanzkupierens und deren Dokumentation" in der 1. Tierhaltungsverordnung (1. THVO) verankert. Damit verbunden sind neue, von der Tieranzahl unabhängige Aufzeichnungsverpflichtungen für alle schweinehaltenden Betriebe.

In der Folge sind Halter:innen von kupierten Schweinen ab 2023 verpflichtet, Maßnahmen zur Reduktion des Schwanzkupierens zu ergreifen und diese auch zu dokumentieren. Dazu gehört die Erhebung von Schwanz- und Ohrverletzungen bei Schweinen am Betrieb und die jährliche Durchführung einer Risikoanalyse. In der Tierhaltererklärung werden die Durchführung der Risikoanalyse und das Ergreifen von Optimierungsmaßnahmen erfasst.

Betriebe, die hingegen ausschließlich unkupierte Tiere halten, müssen ab 2023 ebenfalls eine Erhebung der Schwanz- und Ohrverletzungen durchführen sowie eine Tierhaltererklärung abgeben.

Infos rund um den "Aktionsplan zur Reduktion von Schwanzkupieren bei Schweinen" werden auf der neuen Website www.ringelschwanz.at verständlich und übersichtlich erklärt. Die neue Homepage wurde auf Initiative der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ), des Ländlichen Fortbildungsinstituts (LFI) und des Verbands Österreichischer Schweinebauern (VÖS) erstellt. Fachleute aus ganz Österreich haben Inhalte beigesteuert.

Die Website informiert Bäuerinnen und Bauern, Tierärzt:innen und landwirtschaftliche Berater:innen über sämtliche Dokumentations- und Meldeverpflichtungen, erläutert fachliche Informationen zum Thema Schwanzbeißen, gibt Tipps für Notfallmaßnahmen, zeigt Praxisbeispiele und listet mögliche Ansprechpartner:innen auf.

Hier geht es zur neuen Website: www.ringelschwanz.at (Schluss)

NÖ LAK für Verlängerung der erhöhten Pendlerpauschale

Auch Anhebung des Kilometergeldes vorgeschlagen

St. Pölten, 15. Juni 2023 (aiz.info). - Vor dem Hintergrund der aktuellen Teuerung spricht sich die NÖ Landarbeiterkammer (LAK) für eine Verlängerung der erhöhten Pendlerpauschale sowie des Pendlereuros aus. "Viele unserer Mitglieder leben und arbeiten im ländlichen Raum und sind bei Fahrten zum Arbeitsort und bei Dienstfahrten auf den privaten Pkw angewiesen. Als Arbeitnehmervertretung ist es uns ein großes Anliegen, den Bestand und Ausbau von Arbeitsplätzen gerade in den Regionen weiterhin zu unterstützen. Dazu ist es aus unserer Sicht absolut notwendig, Maßnahmen wie die Erhöhung des Pendlerpauschales und des Pendlereuros, unbedingt zu

verlängern, bevor sie am 30. Juni auslaufen", betonte NÖ Landarbeiterkammer-Präsident **Andreas Freistetter** während der jüngsten Vollversammlung in Großenzersdorf im Bezirk Gänserndorf.

"Kilometergeld muss angehoben werden"

Dringenden Handlungsbedarf sieht die NÖ LAK auch beim Kilometergeld. "Eine Erhöhung des Kilometergeldes ist aus unserer Sicht unabdingbar. Die jetzige Regelung ist längst nicht mehr kostendeckend und jenen Beschäftigten, die auf das Auto angewiesen sind, nicht mehr länger zumutbar", findet Freistetter klare Worte.

Im Kampf gegen die Teuerung habe die NÖ LAK bereits Anfang des Jahres mit einem neuen, vereinfachten Modell ihrer zinsenlosen Wohnbodarlehen (z.B. für die Schaffung und Sanierung von Wohnraum oder bei energiesparenden Maßnahmen) einen wichtigen Schritt zur Unterstützung ihrer Mitglieder gesetzt. "Viele Häuslbauer sind derzeit nicht nur mit hohen Energiepreisen, sondern auch mit steigenden Bau- und Anschaffungskosten konfrontiert. Deshalb haben wir eine zusätzliche Förderschiene geschaffen, um möglichst viele Mitglieder gerade bei Zukunftsinvestitionen bestmöglich unterstützen zu können", so Freistetter. (Schluss)